

Bayern will die Honorarreform kippen

Minister Markus Söder: „Das ist ein sehr deutliches Signal in die deutsche Gesundheitspolitik hinein“

München – Die schwarz-gelbe Koalition in Bayern will die heftig umstrittene Honorarreform für Deutschlands Ärzte wenige Wochen nach ihrer Einführung wieder kippen. Die Honorarverordnung sei von Grund auf gescheitert, sagt Bayerns Gesundheitsminister Markus Söder (CSU) am Dienstag nach einer Kabinettsitzung in München.

Die CSU/FDP-Regierung will Söder zufolge eine Bundesratsinitiative in Berlin starten, um die seit 1. Januar geltende Reform auszusetzen. Stattdessen sollen die kassenärztlichen Vereinigungen zunächst wieder nach dem alten Vergütungssystem abrechnen. In den einzelnen Bundesländern müssten die Ärzte

auch regional unterschiedlich bezahlt werden können. „Wenn die Bayern mehr Beiträge zahlen, muss davon auch mehr in Bayern übrig bleiben“, sagte Söder.

Im Falle eines Regierungswechsels nach der Bundestagswahl solle es eine grundlegende Honorarreform geben, erklärte der Minister. Bisher hatte die Staatsregierung die Gesundheitsreform zwar kritisiert, aber nicht grundsätzlich in Frage gestellt. „Das ist ein sehr deutliches Signal in die deutsche Gesundheitspolitik hinein“, sagte Söder zu dem neuen Kurs der Staatsregierung.

Grund sind die Dauerproteste der Fachärzte, von denen viele Einkommenseinbu-

ßen befürchten. Gewinner der Honorarreform seien die ostdeutschen Ärzte, so Markus Söder. In Westdeutschland müssten jedoch viele Fachärzte Einbußen hinnehmen. Als Beispiele für Bayern nannte der Gesundheitsminister Urologen, Gynäkologen und HNO-Ärzte.

Noch im Januar hatte Söder gehofft, die wütenden Fachärzte befrieden zu können. Eine Vereinbarung mit der Kassenärztlichen Vereinigung sollte sicherstellen, dass kein Facharzt mehr als fünf Prozent seines Einkommens verliert. Das hatte jedoch nicht zu einer Beruhigung geführt.

Das deutsche Gesundheitswesen habe nicht nur das

höchste Leistungsniveau, sondern auch „den größten Aufregungsfaktor“, sagte Söder. Für das bayerische Gesundheitswesen gebe es in diesem Jahr 280 Millionen Euro mehr. Viele Ärzte hätten jedoch Angst, dass sie in einem halben Jahr wieder Geld zurückzahlen müssten.

Der Gesundheitsfonds ist von der bayerischen Bundesratsinitiative nicht unmittelbar betroffen, da dieser die Einnahmen der Kassen regelt, nicht die Arzthonorare. Söder ließ jedoch durchblicken, dass die bayerische Staatsregierung die Gesundheitsreform insgesamt nicht für sakrosankt hält: „Es ist gut, dass wir jetzt Änderungen vornehmen.“

dpa